

FRAKTIONSINFO Nr. 4, Januar 2011

Teilhabe für behinderte Menschen herstellen Barrieren in den Köpfen und Gebäuden abbauen

Die Fraktion DIE LINKE. im Regionalverband hat sich schon früh für die Belange behinderter Menschen eingesetzt und Barrierefreiheit in Ämtern und Einrichtungen des Regionalverbandes eingefordert. Barrierefreiheit ist gesetzlich vorgeschrieben. Auch die UN-Behindertenkonvention verpflichtet seit März 2009 die Bundesrepublik Deutschland dazu.

Barrierefreiheit bezieht sich auf alle Lebensbereiche und alle Arten von Behinderungen. Für Körperbehinderte sind bauliche Barrieren hinderlich, für Sehbehinderte und Blinde sind es taktile und optische Barrieren. Hörbehinderte oder Gehörlose scheitern an akustischen Barrieren. Menschen mit Lernproblemen und geistigen Behinderungen sowie seelisch Beeinträchtigte stoßen auf organisatorische, sprachliche, kommunikative und Wissensbarrieren.

Hindernisse im Regionalverband

Auch im Regionalverband Saarbrücken treffen Menschen mit Behinderungen auf Hindernisse. Sie werden mit Bescheiden, Anträgen und Texten konfrontiert, die komplexe Schachtelsätze mit vermeidbaren Fremdwörtern oder juristisch oder schwer verständliche Sprache enthalten. Für die Barrierefreiheit im Internet gibt es international anerkannte technische Normen (WCAG), die beim Web-Auftritt des Regionalverbandes bisher jedoch nicht umgesetzt werden. Deshalb fordert die Fraktion DIE LINKE – wie schon in ihrem allerersten Antrag –, die Internetseiten bürgerfreundlich und vor allem behindertengerecht darzustellen.

Stark körperbehinderte Schülerinnen und Schüler dürften es schwer haben, ihr Grundrecht auf Bildung zu verwirklichen, denn nur ein Bruchteil der weiterführenden Schulen im Regionalverband

ist wirklich barrierefrei. Das erfuhr DIE LINKE aufgrund einer ausführlichen Anfrage vom Februar 2010. Das Alte Rathaus, wo sich die Saarbrücker Akademie für Ältere und andere VHS-Angebote befinden, ist mit Rollstuhl oder Rollator überhaupt nicht zugänglich. Gleiches



Erbrinzenpalais: alt aber nicht barrierefrei

gilt für die Dienststellen im Erbrinzenpalais (siehe Foto), wo unter anderem die Schuldner- und Insolvenzberatung untergebracht ist. Es mutet auch befremdlich an, wenn ausgerechnet in einem Sozialen „Dienstleistungszentrum“ am Schloss die Büros der zuständigen Sachbearbeiter von Menschen im Rollstuhl und mit stärkeren Gehbehinderungen nicht erreicht werden können.

Die Sprechanlage an der Einfahrt zum Schlossplatz ermöglicht motorisierten Rollstuhlfahrern zwar theoretisch die Zufahrt zum Schloss, jedoch nur dann, wenn sie vorher ihr Fahrzeug verlassen und die Entfernung zur Sprechanlage überbrücken können. Mehr als prob-

lematisch ist auch, dass es in den Gebäuden des Regionalverbandes bisher an einem Leitsystem oder an Orientierungshilfen für blinde und stark sehbehinderte Menschen fehlt. Die oben genannten Beispiele – die Mängelliste ließe sich vortführen – zeigen deutlich: Behindert ist man also nicht unbedingt, behindert wird man durch Barrieren, auch im Regionalverband.

Liste grober Mängel

DIE LINKE hat das Thema aufgegriffen. Aufgrund unserer Initiative konnte der Behindertenbeauftragte zum ersten Mal seine Einschätzung zur Überwindung der Hindernisse im Regionalverband erläutern. Die Liste grober Mängel ließe sich danach noch fortführen. Angesichts der bestehenden Defizite wird die Fraktion DIE LINKE dafür sorgen, dass die Themen Barrierefreiheit und Teilhabe von Menschen mit Behinderung im Regionalverband den Stellenwert erhalten, den sie verdienen.

Mike Botzet
(Sozialausschuss)



Juristische Grundlagen:

- BGG - Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen in Deutschland
- SBGG - Saarländisches Behindertengleichstellungsgesetz
- WCAG - Richtlinien für barrierefreie Webinhalte (Web Content Accessibility Guidelines)

Ja zu Windkraftanlagen – nein zum Wildwuchs

DIE LINKE im Regionalverband tritt entschieden für den notwendigen Ausbau erneuerbarer Energien wie der Windkraft ein. Dazu bedarf es aber einer kontrollierten und konsequenten Umsetzung der Vorhaben unter Wahrung von Interessen der ortsansässigen Bevölkerung. In Absprache mit den Kommunen sollte dem Regionalverband der Auftrag erteilt werden, ein Windkraftkataster zu erstellen, in dem Vorranggebiete für Windkraftanlagen ausgewiesen werden.



© Margot Kessler, pixelio.de

Das Umweltministerium plant jedoch, die Vorranggebiete für Windkraftanlagen völlig abzuschaffen und den einzelnen Kommunen die Verantwortung zu übertragen. Dies muss strikt abgelehnt werden. Durch dieses Vorhaben des Umweltministeriums würde auch im Regionalverband ein Wildwuchs von Anlagen entstehen. Die Kommunen hätten dann keine ausreichenden Möglichkeiten der Kontrolle und der Bewertung. Wenn ein Großinvestor eine Anlage bauen möchte und einen Bauantrag stellt, hat die Kommune praktisch keine Steuerungsmöglichkeiten. Die ablehnenden Stellungnahmen der Kommunen zum Änderungswunsch der Ministerin sind daher nur konsequent.

Der notwendige Wechsel hin zu erneuerbaren Energien wird nur dann gelingen, wenn die Interessen der Bevölkerung – wie auch der betroffenen Kommunen – ausreichend berücksichtigt werden.

Mario Bender
(Ausschuss für Regionalentwicklung)

CDU, SPD und FDP lehnen Antrag auf interkulturelle Öffnung ab Antworten von gestern auf Fragen von heute

In einem Antrag hat sich die Fraktion DIE LINKE für die interkulturelle Öffnung des Regionalverbandes eingesetzt und forderte als ersten Schritt dahin, den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Damit



© Dieter Schütz, pixelio.de

setzt sie eine Forderung aus ihrem kommunalen Wahlprogramm um. Denn laut einer Berliner Studie von 2009 steht es um die Integration der Migranten nirgendwo so schlecht wie im Saarland. Um dieses Willkommen sein zu verdeutlichen, sollten zukünftig Stellenausschreibungen mit einem entsprechenden Zusatz versehen werden.

Für DIE LINKE ist der gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt ein wesentlicher Aspekt der Integration, damit Menschen unterschiedli-

cher Herkunft auch im Regionalverband Akzeptanz und Teilhabe finden.

Kommunale Integrationspolitik ist längst kein Randthema mehr, sondern als Querschnittsaufgabe auch eine zentrale Herausforderung für die Kreise. Dem öffent-

lichen Dienst kommt dabei – so heißt es auch im Nationalen Integrationsplan – eine Vorbildrolle zu, der der Regionalverband Saarbrücken als größter Landkreis gerecht werden sollte. Vor allen Dingen in den Bereichen Verwaltung, Bildung und soziale Regeldienste, wie etwa dem Jugendamt und dem Gesundheitsamt, kann die Vielfalt der Kulturen und Kenntnisse zu einer effektiveren Arbeit und besseren Versorgung der Zielgruppen beitragen.

Dagmar Trezz

Die Bürgerarbeit Tiefpunkt der Arbeitsmarktpolitik

Langzeitarbeitslose mussten oder durften schon viele arbeitsmarktpolitische Programme über sich ergehen lassen – die neue sogenannte „Bürgerarbeit“ ist dabei der Tiefpunkt. Der Regionalverband als Partner der Bundesagentur in der ARGE ist aktiv beteiligt und die CDU will das Programm mit zweifelhaftem Leben füllen (*siehe Satire zu Schulverweigerung*).

Bürgerarbeiter/innen sind Langzeitarbeitslose, die mit einer Vorschaltmaßnahme fit für ihren Projekteinsatz gemacht werden sollen. Offiziell handelt es sich dabei natürlich um zusätzliche Arbeit nach strengen Maßstäben. Die Bedingungen, unter denen die Betroffenen arbeiten sollen, sind definitiv die schlechtesten seit es Eingliederungsmaßnahmen gibt. Netto bleiben den Langzeitarbeitslosen ca. 720 Euro im Monat, für 30 Stunden Arbeit in der Wo-

che. Das heißt, die Teilnehmer arbeiten für einen Lohn, der kaum höher ist als ihr Arbeitslosengeld II. **Finanziell stellen sich Bürgerarbeiter dabei noch schlechter als Ein-Euro-Jobber**, die etwa 130 Euro im Monat dazuverdienen konnten. Für Bürgerarbeiter wird keine Arbeitslosenversicherung entrichtet und so bleiben die Teilnehmer/innen auch nach ihrer Maßnahme im Hartz IV-Bezug und damit in der Armut hängen. Dennoch verkauft die Bundesregierung die Bürgerarbeit als Maßnahme zur Armutsbekämpfung. Zu allem Überfluss gibt's dafür auch noch Mittel aus der EU-Kasse und das, obwohl es den Bürgerarbeitern materiell kaum besser geht als vorher. Fast überflüssig zu erklären, dass DIE LINKE die einzige politische Kraft im Regionalverband ist, die die Bürgerarbeit ablehnt.

Manfred Klasen

Einstimmiger Beschluss der Regionalversammlung Der Sozialpass kommt!

Auf Initiative der Fraktion DIE LINKE hat die Regionalversammlung den einstimmigen Beschluss zur Einführung eines Sozialpasses gefasst! Damit ist ein wichtiges Zeichen der Solidarität im Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung gesetzt worden.



V.l.n.r. Norbert Reuter (saarVV), Peter Gillo (Regionalverbandsdirektor), Stephan Deppen (Moderation), Thomas Lutze (MdB DIE LINKE)

Noch beziehen sich die Leistungen des Sozialpasses im Wesentlichen auf Ermäßigungen bei der Volkshochschule des Regionalverbandes und auf Eintritte beim Historischen Museum. Dennoch stellt der Pass auch jetzt schon einen Durchbruch bei der Sicherstellung der Teilhabe einkommensarmer Menschen an der Gesellschaft dar. Langzeitarbeitslose, Grundsicherungsbezieher/innen, Sozialhilfebeziehende und Asylsuchende mussten bisher zum Nachweis ihrer Anspruchsberechtigung ihren mindestens sechsseitigen Bewilligungsbescheid – mit allen persönlichen Angaben – vorzeigen. Zudem



V.l.n.r. vorne: Mario Bender, Mike Botzet, Manfred Klasen, Jürgen Trenz, Sigurd Gilcher (mit der Kamera)

erhält jede Familie nur einen Bewilligungsbescheid und auch deshalb war es kein Wunder, dass diese Leistungen bisher nur in geringem Umfang in Anspruch genommen wurden. Zukünftig genügt ein einfacher Pass.

Der beschlossene Sozialpass ist der

Anfang einer Entwicklung, die in nächster Zeit auch die Leistungen der Städte und Gemeinden und für Bus und Bahn umfassen könnte. Dazu sind jetzt Gespräche mit den Verantwortlichen beim Saarländischen Verkehrsverbund (ÖPNV) zu führen. Jetzt können Anträge in Stadt- und Gemeinderäten gestellt werden z. B. für Vergünstigungen bei Schwimmbädern, Zoo und Büchereien. Den Pass können aber auch Tafeln und Sozialkaufhäuser als Nachweis der Anspruchsberechtigung anerkennen. Vereine, aber auch Geschäfte und Dienstleister, können überprüfen, ob sie den einkommensarmen Passinhabern einen Preisnachlass gewähren wollen. Das alles bedeutet jetzt für DIE LINKE: neue Initiativen, viele Gespräche, Anschreiben, Anträge und Überzeugungsarbeit, die aber die Mühe wert sind.



Marie Louise Mais setzte sich engagiert für die Erwerbslosen ein

Dass die Idee des Sozialpasses mobilisiert, hatten die Gespräche mit Hartz-IV-Betroffenen und Fachkräften aus dem Sozialbereich im Vorfeld gezeigt. Im gut gefüllten Schlosskeller diskutierten Ende September die Verantwortlichen des Regionalverbandes und des Verkehrsverbundes mit LINKE und der Vertreterin des ver.di-Erwerbslosenausschusses. Auch wenn die Auseinandersetzung leidenschaftlich geführt und unterschiedliche Positionen formuliert wurden, konnte dennoch in einigen Fragen Annäherung erzielt werden. Das ist auch ein Grund warum der Pass in der Regionalversammlung auf fruchtbaren Boden fallen konnte.

Manfred Klasen
(Sozialausschuss)

Linke Initiativen zum Haushalt 2011

Der Haushaltsentwurf, den die Verwaltung für 2011 eingebracht hat, ist auch dieses Mal ein Trauerspiel: Kürzungen beim Personal in wichtigen inhaltlichen (sicherheitsrelevanten?) Bereichen, gleichzeitig aber Aufstockungen im direkten Umfeld der Verwaltungsspitze, was deutlich kritisiert werden müsste.

Bemerkenswert ist auch, dass die Verwaltung die vorhandenen geringen Handlungsspielräume nicht voll ausschöpfen will. Der Regionalverband darf maximal 0,5 Prozent seiner Einnahmen, auf Basis der Umlage, für freiwillige bzw. sogenannte „abwendbare“ Aufgaben verwenden. Damit kann von einer eigenständigen Finanzpolitik des Regionalverbandes keine Rede sein. Interessant ist auch, dass CDU und SPD selbst Anträge für neue Projekte im Jugendhilfebereich eingebracht haben, obwohl dies vor den Beratungen gegenüber den kleineren Fraktionen und den Freien Trägern noch ausgeschlossen wurde.

Arbeitslose, Senioren und Sicherheit im Blick

DIE LINKE-Fraktion hat sich für 2011 dafür eingesetzt, die Koordination Saarländischer Arbeitsloseninitiativen mit ca. 2.200 Euro und die Seniorenarbeit Malstatt mit 9.000 Euro zu unterstützen. Ebenfalls wichtig erscheint der Fraktion die Schaffung einer weiteren Stelle im sicherheitsrelevanten Bereich (Genehmigung und Überwachung von Schwertransporten).

Manfred Klasen
(Stv. Fraktionsvorsitzender)



© Campomalo, pixelio.de
Seniorenarbeit fördern

SATIRE: Ein modernes Märchen über Schulverweigerung Wie die CDU Kinder von der Straße holen will

Hallo Kids, für Euch hat jetzt eine neue Zeitrechnung begonnen! Und zwar für diejenigen, die so dumme Sachen machen und keinen Bock auf Schule haben, obwohl sie dorthin müssten. Dazu hat die CDU sich jetzt



Keinen Bock auf Schule

eine tolle Idee einfallen lassen. Menschen, die schon lange arbeitslos sind und für den ersten Arbeitsmarkt

qualifiziert werden sollen, werden die Schüler zu Hause besuchen und sie fragen, warum sie nicht zur Schule kommen. Sparsam wie die CDU ist, hat sie dazu Gelder aus dem Topf der Arbeitsmarktförderung im Blick: die „Bürgerarbeit“. Damit kostet dieser Einsatz den Regionalverband auch nur ganz wenig und belastet den Haushalt der Kommunen nicht so doll, denn die werden sonst immer so böse mit uns. Da die CDU eine moderne Partei ist und weiß, was Kinder brauchen, will sie eine Frau und einen Mann die schwänzenden Schüler aufsuchen lassen.

Die neuen „Bürgerarbeiter“ Maria Wunderbar und Josef Mittellos sind auch hoch motiviert und von der neuen Aufgabe ganz begeistert – hat die CDU im Ausschuss gesagt. An ihrem ersten Arbeitstag klingeln die beiden bei der Familie von Hakan Jesus

Maier. Hakan sitzt zu Hause auf dem Sofa und guckt eine Sendung am 157-Flachbildschirm. Er sieht keinen Sinn darin, zur Schule zu gehen, da er eh keinen Ausbildungsplatz finden würde. Am gleichen Tag klingeln sie auch bei Melanie Schmidt, die Angst hat in die Schule zu gehen, da ihre Mitschüler blöde Fotos von ihr gemacht und diese ins Internet gestellt haben. Maria und Josef sind ganz schön betroffen von dem, was die beiden Schüler ihnen erzählen. Doch ihr Besuch zeigt tatsächlich Wirkung, denn Hakan und Melanie gehen wieder in die Schule. Was ist passiert? „Bevor wir als Hartz-IV-Empfänger nur Bürgerarbeit angeboten bekommen, gehen wir lieber in die Schule Lehrer ärgern.“ Danke liebe CDU – als abschreckendes Beispiel haben Maria und Josef prima funktioniert!

Dagmar Trenz (Jugendhilfeausschuss)

◀ Service

Weiterbildung ganz groß geschrieben

Die Volkshochschule (vhs) des Regionalverbandes leistet als eine Einrichtung der kommunalen Daseinsvorsorge einen wesentlichen Beitrag zur flächendeckenden Versorgung der Landeshauptstadt Saarbrücken und ihrer Umlandgemeinden mit Weiterbildungsangeboten.

Neben den Angeboten in den klassischen Sparten – Mensch und Gesellschaft – Kultur, Kunst und Gesundheit – Fremdsprachen – Berufliche Weiterbildung – Deutsch/Integration – Schulabschlüsse und Qualifizierung – Studienfahrten/Studienreisen zeigt das aktuelle Programm 1/2011 (Semesterbeginn 07. Februar 2011) eine Vielzahl von kurzfristigen Reaktionen z. B. auf informationstechnische Neuerungen (Kursangebote in Windows 7, Office 2010 u.ä.).

Mit 400 bis 600 Kursleiterinnen und Kursleitern stellt die vhs einen nicht zu unterschätzenden Wirtschaftsfaktor sowohl für die Landeshauptstadt als auch für die Gemeinden und Städte im Regionalverband dar.

Um die Wahrnehmung und Teilhabe am Bildungsangebot der vhs zu erleichtern, werden Kurse sowohl in den Stadtteil-Volkshochschulen Altenkessel, Klarenthal, Dudweiler und Halberg als auch in den örtlichen Volkshochschulen des Regionalverbandes wie Püttlingen, Kleinblittersdorf, Friedrichsthal, Quierschied, Großrosseln, Riegelsberg und Heusweiler angeboten.

Nähere Infos: VHS Regionalverband Saarbrücken, Altes Rathaus, Schlossplatz 2, 66119 Saarbrücken, Tel. 06 81 - 506 - 43 43 oder im Netz: www.regionalverband-saarbruecken.de/vhs

Sigurd Gilcher (vhs-Beirat)



IMPRESSUM:

V.i.S.d.P.:

Jürgen Trenz, Kettelerstraße 2,
66299 Friedrichsthal

Redaktion:

Manfred Klasen, Dagmar Trenz

Fraktion DIE LINKE.
im Regionalverband Saarbrücken

Angela Rösel (Geschäftsführerin)
Saarbrücker Schloss,
66119 Saarbrücken

Tel. (06 81) 506 - 89 00

Fax (06 81) 506 - 89 99

E-Mail:

info@dielinke-regionalverband.de

Internet:

www.dielinke-regionalverband.de

DIE LINKE.
Fraktion im Regionalverband